## Newsletter BDS Schweiz - AXA, Black Lives Matter, Recht auf BDS bestätigt

19.06.2020

Categories: Newsletter BDS Schweiz



Boykott - Desinvestition - Sanktionen gegen Israel bis zum Ende von Apartheid und Besatzung in Palästina

AXA: Schluss mit der Finanzierung der israelischen Apartheid

Fordert das Versicherungsunternehmen AXA vor seiner diesjährigen Hauptversammlung am 30. Juni auf, die Finanzierung der israelischen Apartheid zu beenden. Angesichts der drohenden Annexion des Jordantals durch Israel und der zusätzlichen Bedrohung, die Covid-19 für die Palästinenser\*innen bedeutet, ist dieser Schritt heute dringender denn je!



Newsletter-

Die französische Versicherungsgesellschaft **AXA wird am 30. Juni ihre jährliche Hauptversammlung abhalten**. Wir müssen sicherstellen, dass Desinvestitionen aus der israelischen Apartheid ganz oben auf der Tagesordnung stehen. AXA hat – ungeachtet ihres Anspruchs auf soziale Verantwortung – die Investitionen in drei israelische Banken, die Israels illegale Siedlungen finanzieren, <u>fast verdreifacht</u>.

Drei Möglichkeiten, aktiv zu werden!

## Wir können nicht atmen, bis wir frei sind!

Der Mord an George Floyd durch die Polizei in den USA hat es uns einmal mehr vor Augen geführt: Die rassistische Unterdrückung und Missachtung der Würde und des Lebens Schwarzer Menschen hat System – in den USA, in Israel/Palästina, in der Schweiz. Gemeinsamer Widerstand gegen die Militarisierung der Polizei und die zunehmende staatliche Repression auf der ganzen Welt ist dringend nötig.

Das palästinensische BDS-Komitee ruft dazu auf, sich der Black-Lives-Matter-Bewegung anzuschliessen und ihre Forderungen nach Desinvestitionen aus Polizeistrukturen und anderen Institutionen, Banken und Unternehmen, die in das System der ethnischen Ungerechtigkeit verwickelt sind, zu unterstützen.

**Zum Artikel** 

## Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte stützt Recht auf BDS

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat in einem wegweisenden Urteil einstimmig entschieden, dass die Verurteilung von Boykottaktivist\*innen durch das höchste Gericht Frankreichs die Europäische Menschenrechtskonvention verletzt.

**Zum Artikel**